Florence Gaub über Europas fehlende Zukunftsvision: „Wir wissen nur, was wir nicht tun wollen“

Florence Gaub, Direktorin des NATO Defense College in Rom, sieht Europa an einem strategischen Wendepunkt; sie warnt beim Lupus alpha Investment Fokus vor zunehmender europäischer Mutlosigkeit und einem fehlenden Zukunftsbild. Neben höheren Verteidigungsausgaben brauche es mehr diplomatische Vernetzung und ein neues Selbstverständnis.

Eneida Beshaj · 12.11.2026



Beim *Lupus alpha Investment Fokus 2027* zeichnete Florence Gaub ein Bild Europas, das seine eigenen Möglichkeiten zunehmend unterschätzt. Angesichts des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, der veränderten US-amerikanischen Sicherheitsstrategie sowie auch wachsender geopolitischer Spannungen stehe der Kontinent vor erheblichen Herausforderungen. Gleichzeitig verfüge Europa weiterhin über wirtschaftliche und diplomatische Ressourcen. Den strategischen Bruch verortete Gaub im Jahr 2022. Der russische Angriff auf die Ukraine habe insbesondere in Deutschland das bisherige Zukunftsverständnis erschüttert. Zuvor habe man weitgehend angenommen, dass sich die internationale Ordnung in Richtung Stabilität und Frieden entwickeln werde. „Wir haben gedacht, morgen wird genauso wie heute“, beschreibt Gaub die damalige Erwartungshaltung.

Eine grundlegende Abkehr von der transatlantischen Partnerschaft erwartet Gaub nicht. Allerdings sei die strategische Neuausrichtung der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik bereits seit Jahren erkennbar. Die USA richteten ihren Fokus

zunehmend auf China und könnten ihre militärischen Kapazitäten nicht unbegrenzt auf mehrere Konflikte verteilen. Dieser Trend werde unabhängig davon bestehen bleiben, wer künftig im Weißen Haus sitze. Europa müsse deshalb mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit übernehmen. Dabei gehe es nicht nur um höhere Verteidigungsausgaben. Auch hybride Bedrohungen wie Sabotage oder Angriffe auf kritische Infrastruktur stellten erhebliche Risiken dar. Gerade bei Schienennetzwerken und Luftverkehr zeigten sich europäische Verwundbarkeiten.

Neben der militärischen Dimension müsse Europa seine diplomatischen Fähigkeiten stärken. Gaub widersprach der Einschätzung, der Kontinent verliere aufgrund seiner vergleichsweise geringen Bevölkerung und wirtschaftlichen Entwicklung zunehmend an Bedeutung. Geopolitischer Einfluss entstehe heute stärker durch internationale Vernetzung und die Fähigkeit, Beziehungen aufzubauen und zu nutzen. Gaub bezeichnete diese Entwicklung als „Influencer-Zeitalter“. Entscheidend sei nicht mehr allein die Größe einer Volkswirtschaft, sondern ihre internationale Vernetzung. Singapur und die Vereinigten Arabischen Emirate zeigten, wie auch kleinere Staaten erheblichen Einfluss entwickeln könnten.

Europas Macht definiert sich zunehmend über internationale Netzwerke

Für Europa bedeute das, neben Verteidigung auch mehr Ressourcen in Diplomatie und internationale Beziehungen zu investieren. Insbesondere gegenüber Ländern wie Indien, Japan, Südkorea und Australien gebe es noch Potenzial, Partnerschaften auszubauen. Europa werde international weiterhin positiv wahrgenommen und verfüge über Kapital, starke Unternehmen sowie auch ausgebildete Fachkräfte. Es müsse diese Ressourcen jedoch konsequenter in politischen Einfluss übersetzen. Erschwert werde das durch unterschiedliche nationale Interessen innerhalb der EU. Während Frankreich traditionell stärker auf strategische Autonomie setze, wolle Polen eng an die USA gebunden bleiben. Deutschland nehme eine Zwischenposition ein.

Besonders deutlich werde das bei der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich. Beide Länder seien für die europäische Sicherheitsarchitektur unverzichtbar, hätten jedoch unterschiedliche Vorstellungen von der künftigen militärischen Ausrichtung. In Frankreich werde die deutsche Aufrüstung teilweise mit Skepsis betrachtet. Dabei gehe es auch um die Frage, welche gemeinsame strategische Vision Deutschland mit den zusätzlichen Verteidigungsausgaben verfolge. Gleichzeitig seien beide Länder aufeinander angewiesen. „Sie müssen zusammen, auch wenn sie nicht wollen“, beschreibt Gaub. Eine gemeinsame europäische Verteidigungsfähigkeit erfordere gemeinsame Rüstungsprojekte und mehr industrielle Zusammenarbeit. Bislang stünden bei größeren Beschaffungsvorhaben jedoch häufig nationale Interessen im Vordergrund.

Fehlendes Zukunftsbild bremst Europas Innovationsfähigkeit

Ein weiteres strukturelles Problem sieht Gaub in der europäischen Innovationsfähigkeit. Wirtschaftliches Wachstum entstehe wesentlich durch Innovationen, doch würden diese in Deutschland unter anderem durch Bürokratie und schwierige Gründungsbedingungen erschwert. Sie berichtete von jungen Gründern, die mit ihren KI-Start-ups in die USA gegangen seien, weil sie dort bessere Rahmenbedingungen sähen. Das größere Problem liege für Gaub jedoch in einem fehlenden gesellschaftlichen Zukunftsbild. Europa wisse inzwischen sehr genau, was es verhindern wolle, nämlich Krieg, Klimawandel oder eine unkontrollierte Entwicklung künstlicher Intelligenz. Eine positive Vorstellung davon, wie die Gesellschaft künftig aussehen solle, fehle dagegen. „Wir wissen nur, was wir nicht tun wollen“, so Gaub.

Deshalb brauche es eine gesamtgesellschaftliche Debatte darüber, wie Deutschland und Europa im Jahr 2050 aussehen sollen. Daran müssten neben Politik und Verwaltung auch Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft beteiligt sein. Gerade in einer Phase, in der bisherige Vorstellungen nicht mehr funktionierten, entstehe Raum für neue Ideen. Auch beim demografischen Wandel plädierte Gaub für einen Perspektivwechsel. Statt vor allem über Renten- und Krankenversicherung zu diskutieren, müsse stärker gefragt werden, wie Menschen länger gesund, produktiv und zufrieden leben könnten. Dafür müsse auch der Ruhestand neu gedacht werden.

Für Gaub zeigen die geopolitischen Entwicklungen in der Ukraine und im Nahen Osten zugleich die Grenzen militärischer Lösungen. Mit Blick auf den Iran hält sie einen Regimewechsel durch Luftangriffe für unrealistisch, letztlich werde deshalb eine diplomatische Lösung notwendig sein. Auch für die Ukraine bleibe die amerikanische Unterstützung wichtig. Europas Aufgabe, eigene Verteidigungsfähigkeiten aufzubauen, werde dadurch jedoch nicht geringer. Optimismus bedeute für Gaub vor allem, trotz bestehender Unsicherheiten ins Handeln zu kommen. Pessimismus entstehe häufig auch dadurch, dass zwischen dem Beginn einer Problemlösung und sichtbaren Ergebnissen viel Zeit liege.

Zukunftsforschung bedeute für Gaub nicht, die Zukunft vorherzusagen, sondern mögliche Entwicklungen zu erkennen und Handlungsspielräume zu nutzen: „Der Mensch hat die Fähigkeit, in die Zukunft zu denken, damit er etwas tut.“ Europa müsse aufhören, sich vor allem über seine Risiken und Schwächen zu definieren, und stärker daran arbeiten, welche Zukunft es tatsächlich gestalten wolle.